

**GZ: BMASK-59201/0012-V/A/1/2017**  
**ZUR VERÖFFENTLICHUNG BESTIMMT**

Wien, 28. April 2017

**Betreff: Informeller EU-Rat "Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit- u. Verbraucherschutz" am  
3. und 4. April 2017 in Malta**

**42/4.1**

## **VORTRAG AN DEN MINISTERRAT**

Am 3. und 4. April 2017 fand in Valletta ein informelles Treffen der Arbeits- und SozialministerInnen statt. Österreich war durch mich vertreten. Das informelle Treffen der Arbeits- und SozialministerInnen befasste sich mit dem Thema "Making work pay", das in drei Plenarsitzungen zu den Unterthemen "Wissen und Kompetenzen – Befähigung der ArbeitnehmerInnen", "Ungleichheiten am Arbeitsmarkt" sowie "Arbeitsmarkt als Motor für soziale Inklusion" behandelt wurde.

In der **ersten Arbeitssitzung** wurden Defizite bei Fähigkeiten und Kenntnissen von europäischen ArbeitnehmerInnen – insbesondere im Hinblick auf Digitalisierung und Technologisierung – besprochen. Vor dem Hintergrund der allgemeinen Dynamik am Arbeitsmarkt, forderten die MinisterInnen zum lebensbegleitenden Lernen (LLL) und zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeiten. Die Kosten der Aus- und Weiterbildung müssten als Investition gesehen werden. Aus österreichischer Sicht wurde darauf verwiesen, dass dabei die Bildung und Ausbildung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den Vordergrund zu stellen sei. In diesem Zusammenhang verwies ich auf die Ausbildung bis 18 (Ausbildungspflicht für junge Menschen bis 18 Jahre), die Anfang 2017 eingeführte Ausbildungsgarantie für die Gruppe der Unqualifizierten 19- bis 24-Jährigen, sowie das Fachkräftestipendium.

Thema der **zweiten Arbeitssitzung** war das europäische Sozialmodell, das auf Vollbeschäftigung, sozialen Rechten, sowie sozialen Schutzsystemen beruht. Der anhaltende technologische Fortschritt verändert Arbeitsformen und -organisation. Der Abbau von Ungleichheiten bei neuen Arbeitsformen und -gegebenheiten stand deshalb im Mittelpunkt der Beratungen.

Themenschwerpunkt der **dritten Arbeitssitzung** war der Arbeitsmarkt als Motor für soziale Inklusion. Aus österreichischer Sicht wurde in diesem Zusammenhang auf die nationalen Maßnahmen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit älterer ArbeitnehmerInnen eingegangen und die „Aktion 20.000“ vorgestellt. Die MinisterInnen haben anschließend das enge Zusammenspiel von Haushalts- und Sozialpolitik herausgearbeitet und über Strukturreformen, Austeritätsmaßnahmen sowie stärkere Arbeitsanreize diskutiert. Ich unterstrich dabei die Wichtigkeit öffentlicher Investitionen.

Ich stelle den

Antrag,

die Bundesregierung wolle von diesem Bericht Kenntnis nehmen.

Alois Stöger